

Offener Brief an die Staats- und Regierungsspitzen der Europäischen Union und die Präsident:innen der EU-Institutionen

Genf, 16. Juni 2025

Sehr geehrte Präsidentin der Europäischen Kommission,
Sehr geehrter Präsident des Europäischen Rates,
Sehr geehrte Präsidentin des Europäischen Parlaments,
Sehr geehrte europäische Staats- und Regierungsspitzen,

Der Krieg im Gazastreifen ist zu einem der ungeheuerlichsten, tödlichsten und rücksichtslosesten Kriege gegen eine Bevölkerung geworden. Israelische Streitkräfte haben Wohnhäuser, Krankenhäuser, Märkte, Wasserversorgung, Straßen und Stromnetze in Gaza zerstört – nicht aus Nachlässigkeit, sondern gezielt. Was wir beobachten, ist die systematische Vernichtung von Lebensgrundlagen. Es handelt sich um ethnische Säuberung, verschleiert durch sicherheitspolitische Rhetorik, ausgeführt unter vollständiger Missachtung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte. Die täglichen Gräueltaten in Gaza geschehen nicht im Verborgenen. Sie ereignen sich vor aller Augen – offen und brutal.

Seit über 20 Monaten unterziehen israelische Behörden und Streitkräfte die palästinensische Bevölkerung in Gaza einer kollektiven Bestrafung. Die Teams von *Ärzte ohne Grenzen* beobachten dabei Muster, die auf Anzeichen eines Völkermords hindeuten – darunter gezielte Tötungen im großen Ausmaß, die Zerstörung überlebenswichtiger ziviler Infrastruktur und Blockaden, die den Zugang zu Nahrungsmitteln, Wasser, Medikamenten und anderen lebensnotwendigen Hilfsgütern unterbinden. Israel zerstört systematisch die Grundlagen, die für ein Überleben der palästinensischen Bevölkerung notwendig sind.

Seit dem 7. Oktober 2023 wurden fast zwei Prozent unserer Mitarbeitenden in Gaza – einschließlich ihrer Haushaltsmitglieder – getötet. Das ergab eine rückblickende Sterblichkeitsstudie, die *Ärzte ohne Grenzen* kürzlich mit seinem epidemiologischen Institut Epicentre durchgeführt hat. Drei Viertel von ihnen starben durch kriegsbedingte Verletzungen. Dieses Verhältnis steht im Einklang mit den Zahlen des Gesundheitsministeriums in Gaza, das bis zum 4. Juni 2025 den Tod von 55.000 Menschen gemeldet hat. Laut der Erhebung von *Ärzte ohne Grenzen* waren 40 Prozent der Menschen, die an Verletzungen starben, unter zehn Jahre alt. Diese Missachtung von zivilem Leben zeigt, dass dieser Krieg Israels in Gaza ein Krieg gegen die palästinensische Bevölkerung insgesamt ist.

Am 11. Juni nahm die von *Ärzte ohne Grenzen* unterstützte Klinik in Al Mawasi 32 Verletzte auf, darunter drei Menschen, die bei ihrer Ankunft bereits verstorben waren. Auf sie wurde auf dem Weg zu einer Lebensmittelausgabestelle der Gaza Humanitarian Foundation (GHF) geschossen. Dies war kein Einzelfall.

Drei Tage zuvor erreichten 40 Verletzte das Nasser-Krankenhaus, die meisten mit Schussverletzungen. Dieses Krankenhaus ist die wichtigste medizinische Einrichtung für Tausende Patient:innen im Süden Gazas – und kann aufgrund wiederholter

Evakuierungsanordnungen und Bewegungseinschränkungen für Personal und Patient:innen kaum noch arbeiten. Humanitäre Organisationen haben provisorische Einrichtungen geschaffen, um die Versorgungslücken zu überbrücken – doch diese können reguläre Krankenhäuser nicht ersetzen. In den vergangenen Wochen haben Teams von *Ärzte ohne Grenzen* über 500 Patient:innen im Nasser-Krankenhaus aufgenommen und das medizinische Personal bei der Versorgung von massenhaft eintreffenden Verwundeten nach ständigen Bombardierungen unterstützt.

Die GHF hat ihre Arbeit am 27. Mai aufgenommen – im Rahmen eines US-israelischen Plans, mit dem humanitäre Hilfe instrumentalisiert wird. Seitdem wurden hunderte Palästinenser:innen verletzt und Dutzende getötet, die beim Warten an diesen Ausgabestellen unter Beschuss geraten waren. Eine Kollegin von *Ärzte ohne Grenzen* in Gaza sagte: „Einige kehren mit einem Sack Mehl zurück, andere mit einem Leichentuch.“

Humanitäre Hilfe wird zur Waffe gemacht. Sie wird als Druckmittel genutzt, um Menschen gewaltsam zu vertreiben, militärische Ziele zu erreichen – oder sie wird vollständig blockiert. Hilfe ist kein Verhandlungsgegenstand. Sie ist eine Lebensader. Sie zu verweigern, ist kollektive Bestrafung – ein Kriegsverbrechen.

Seit Oktober 2023 wurden Gesundheitseinrichtungen immer wieder systematisch angegriffen. Mitarbeitende und Patient:innen von *Ärzte ohne Grenzen* mussten mindestens 18 Gesundheitseinrichtungen verlassen und erlebten mindestens 50 gewalttätige Zwischenfälle – darunter Luftangriffe auf Krankenhäuser, Panzerbeschuss auf als sicher gemeldete Schutzunterkünfte, Angriffe von Bodentruppen auf medizinische Zentren und Beschuss von Konvois. Elf unserer Kolleg:innen wurden getötet. Diese Erfahrungen teilen wir mit vielen anderen humanitären Organisationen – sie sind Teil eines systematischen Bruchs des humanitären Völkerrechts, einschließlich der Resolution 2286 des UN-Sicherheitsrats zum Schutz medizinischer Missionen.

Ärzte ohne Grenzen hat – wie viele andere – wiederholt einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand, ungehinderten humanitären Zugang und die Achtung des humanitären Völkerrechts – einschließlich des Schutzes medizinischer Einrichtungen und deren Personals – von allen Konfliktparteien, einschließlich der Hamas, gefordert. Doch die militärische Offensive gegen eine eingeschlossene Bevölkerung geht unvermindert weiter und wird täglich brutaler.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten verfügen über politische, wirtschaftliche und diplomatische Mittel, mit denen sie echten Druck auf Israel ausüben können, um diesen Angriff zu beenden und die Grenzübergänge Gazas für ungehinderte humanitäre Hilfe zu öffnen. Diese Mittel sind keine Theorie – sie lassen sich konkret einsetzen, um das Völkerrecht zu verteidigen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Zwar haben die EU und viele ihrer Führungspersonlichkeiten Israel in letzter Zeit verbal kritisiert – doch diese Worte bleiben leer, solange keine substanziellen Maßnahmen folgen, um das Morden zu beenden – und gleichzeitig weiter Waffen geliefert werden, mit denen unsere Patient:innen und Kolleg:innen getötet, verbrannt oder dauerhaft verstümmelt werden. Das muss ein Ende haben!

Es war nie Zeit für Zögern oder doppelte Standards. Ihre Worte und Taten sind ein Prüfstein Ihrer Glaubwürdigkeit und Ihrer Führungsrolle. Dieser Moment wird über Ihr Vermächtnis

entscheiden – und darüber, ob das humanitäre Völkerrecht überhaupt noch Bestand hat. Es braucht politischen Mut, rechtliche Verantwortung und moralische Integrität. Das Ausmaß des Leidens in Gaza verlangt mehr als leere Worte.

Jedes Zögern, jede Relativierung, jede politische Entscheidung, die diese Maschinerie der Vernichtung ungestraft weiterlaufen lässt, ist ein Akt der Komplizenschaft. Wir fordern die Europäische Union und ihre 27 Mitgliedstaaten mit Nachdruck auf, jetzt zu handeln und endlich den ihnen zur Verfügung stehenden Einfluss auf Israel geltend zu machen, um:

...DIE BELAGERUNG ZU BEENDEN

Die Blockade lebensrettender Hilfe ist keine legitime Sicherheitsmaßnahme – sie ist ein Kriegsverbrechen. Vorwürfe, dass Hilfe zweckentfremdet wird, rechtfertigen nicht im Ansatz, zwei Millionen Menschen lebenswichtige Unterstützung zu verweigern. Das ist kollektive Bestrafung. Jede Verzögerung kostet Menschenleben.

...HUMANITÄRE HILFE ZU VERTEIDIGEN

Lehnen Sie jede Form der Instrumentalisierung von Hilfe ab. Humanitäre Unterstützung muss sich an den Bedürfnissen orientieren – nicht an politischen oder militärischen Strategien. Jede andere Praxis ist nicht nur zynisch, sondern tödlich.

...TATEN STATT WORTE ZU SETZEN

Zahlreiche europäische Regierungen äußern sich entsetzt über die Gräueltaten Israels in Gaza – und liefern zugleich weiter Waffen, mit denen unsere Patient:innen und Kolleg:innen getötet werden. Diese Komplizenschaft mit der ethnischen Säuberung muss ein Ende haben.

...MEDIZINISCHE EVAKUIERUNGEN AUSZUWEITEN

Rund 13.000 Menschen – darunter mehr als 4.500 Kinder – benötigen dringend eine medizinische Evakuierung, mit dem Recht auf Rückkehr. Und doch haben trotz des erwiesenen Potenzials der EU bisher nur wenige hundert Patient:innen in europäischen Staaten Zuflucht gefunden. Die Mitgliedstaaten müssen zeigen, dass Solidarität mehr ist als ein Lippenbekenntnis.

Sie können handeln – und Sie müssen es jetzt tun.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Christos Christou, Präsident von Ärzte ohne Grenzen International
Christopher Lockyear, Generalsekretär von Ärzte ohne Grenzen International